

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVLL/179

Bonn, den 3. September 62

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Zusammenhalt der Nation wahren ----- Bildung eines Gesamtdeutschen Rates - Antwort auf nationale Drohung	39
2 - 2b	Tag der Heimat in Berlin ----- Weder "Revanchisten" noch "chauvinistische Raubritter" Von Willi Jäger	99
2b	Ein Freund aus Madagaskar ----- "Sklaverei von morgen schlimmer als die Sklaverei von gestern"	22
3	Mehr Gleichheitschancen ----- Um eine gerechte Wahlkreisgeometrie	50
4 - 5	Wer beherrscht den Bundestag? ----- Die Meinung der Bevölkerung Von K. D. Hartmann	93
6 - 7	Element fortschrittlicher Jugendpolitik ----- "Arbeit und Leben" Essen begann Jugendbildungsarbeit 1962/63 in Oberursel	88

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z.Zt. abwesend)
Verantwortlich: Albert Exler

Zusammenhalt der Nation wahren

sp - Es war ein guter Gedanke, den alljährlichen Tag der Heimat diesmal in Berlin abzuhalten. An und mit Berlin entscheidet sich das deutsche Schicksal. Die Bedrohung Berlins ist eine Herausforderung für alle Deutschen. Die SED und ihre Moskauer Auftraggeber haben zum Generalangriff angesetzt und der Preis, um den es geht, heißt die dauernde Spaltung der deutschen Nation.

Die Veranstalter ließen sich vom wütenden Geklaffe der SED-Propagandisten nicht abhalten. Ein Nachgeben vor dem Druck aus Parkow wäre auch als eine unverzeihliche Schwäche empfunden worden, und so wählten die Parteien und die Vertriebenenorganisationen bewusst Berlin, um von dort die Stimme der deutschen Nation zu erheben. Sie richtet sich nach außen und nach innen. Einigung des deutschen Vaterlandes und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes gaben die Stichworte für ein Wollen, das mehr und umfassender ist als rethorische Deklamationen. Beide Ziele liegen heute in weiter Ferne, sie zu erreichen, erfordert Phantasie, Beweglichkeit und auch den Mut, ausgetretene Pfade zu verlassen. In diese Richtung stieß der CDU-Abgeordnete Gradl mit seiner Forderung nach einer Art Vorkonferenz zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages, ergänzt durch das Verlangen, so etwas wie ein "Sprechverhältnis" mit den Ostblockstaaten zu beginnen. Der Dialog mit Warschau läßt sich nicht mehr auf die Zukunftsbank verschieben.

Der freie Teil unseres Volkes darf angesichts der Bedrohung von außen kein Bild innerer Zerrissenheit und einer Atomisierung seiner politischen Energien bieten. Unser Volk hat in den Jahren nach dem Zusammenbruch seine Fähigkeit zu großen Gemeinschaftsleistungen bewiesen. Nun gilt es, diese Fähigkeit auf die übergeordnete Aufgabe einer gemeinsamen Abwehr der auf uns zukommenden Gefahren hinzulenken. Auf der Tagesordnung der deutschen Politik hat das dauernde Gespräch zwischen allen gesellschaftlichen und politischen Faktoren zu bleiben, das redliche Miteinander zu suchen um die besten Wege und um die Erringung der besten Erkenntnisse. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, von Herbert Wehker auch in Berlin wieder zur Forderung erhoben, verträgt keinen Aufschub mehr, er entspricht den Notwendigkeiten der Stunde. Nicht Gewalt hat das deutsche Volk dem Versuch entgegengesetzt, es als eine geschichtliche Einheit auszulöschen, wohl aber seinen überzeugend bekundeten Willen, wieder ein Ganzes zu werden. Auch dieser Wille ist eine Realität, die nicht hinweggewischt werden kann.

Tag der Heimat in Berlin

Von Willi Jäger

Am vergangenen Sonntag wurde in Berlin der "Tag der Heimat" begangen, eine Woche früher als im Bundesgebiet. In der Berliner Waldbühne, Deutschlands bekanntestem Freilichttheater, versammelten sich am Sonntagvormittag etwa 20 000 Heimatvertriebene und Flüchtlinge zu einer Großkundgebung, auf der Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, sprachen. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Krüger, und der Landesvorsitzende von Berlin, Dr. Mathee, begrüßten die Kundgebungsteilnehmer. Ministerpräsident von Hassel erinnerte an den Kriegsbeginn vor 23 Jahren und forderte auch für das polnische Volk das Selbstbestimmungsrecht. "Wird das Selbstbestimmungsrecht den Deutschen und den östlichen Nachbarn gewährt, wird es zu einer Verständigung kommen", sagte er. Das Unrecht, das Hitler begangen hat, werde nicht aufgehoben durch das Unrecht, das Chruschtschow oder Gomulka begangen.

Willy Brandt, von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen mit starkem Beifall empfangen, setzte sich zunächst mit den "erbärmlichen Hetzern jenseits der Mauer" auseinander, die einen neuen Feldzug der Verleumdung gegen Westberlin begonnen haben. Die Waldbühnenkundgebung war für die kommunistischen Propagandisten Anlaß zu heftigen Angriffen gegen die Heimatvertriebenen. Der Regierende Bürgermeister antwortete darauf, daß es den Heimatvertriebenen, die weder "Revanchisten" noch "chauvinistische Raubritter" seien, wie allen Berlinern nicht um Rache, sondern um das Recht gehe. Die Jugend Deutschlands sei besetzt von Völkerverständigung und das gelte auch für die Völker im Osten. "Was wir wollen", erklärte Willy Brandt, "das ist nicht Krieg, sondern Frieden, nicht Knechtschaft, sondern Freiheit, nicht Flüchtlingsnord, sondern Respekt vor der Menschlichkeit!" Ein gerechter Friede für und mit Deutschland wäre ein gerechter Friede für die ganze Welt. Willy Brandt widmete seine weiteren Ausführungen der Situation Westberlins, wobei er Kritik an der deutschen Außenpolitik übte. Die Heimatvertriebenen, die Bevölkerung Mitteldeutschlands und die Berliner hätten einen Anspruch auf eine realistische Beurteilung, mit einer "blutleeren" Politik sei ihnen nicht gedient. In Berlin gehe es um das, was rechtens und notwendig zugleich sei.

Die Mauer überwinden!

An den Veranstaltungen zum "Tag der Heimat" in Berlin nahmen viele Vertreter von Vertriebenen- und Flüchtlingsverbänden aus dem Bundesgebiet teil. Vor diesen Delegierten hielt am 1. September in Saale des Ernst Reuter-Hauses der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Herbert Wehner, einen vielbeachteten Vortrag über das Thema "Gesamtdeutsche Notwendigkeiten". Er nannte mit dem Hinweis, daß der Katalog der Erfordernisse erweitert werden könne, drei gesamtdeutsche Notwendigkeiten. Unumstritten sei die Notwendigkeit, die Mauer zu überwinden, damit Familien wieder zusammenkommen, die Stadt Berlin und ihre Bürger freier atmen können und damit ein Anlaß weniger vorhanden bleibe für Spannungen, Haß und Angst. Es komme zunächst und vor allem darauf an, jene Entschlossenheit zu einem Tatbestand werden zu lassen, daß die Mauer überwunden werden muß. Für das

deutsche Volk, das von einer Kette folgenschwerer Ereignisse, die noch lange nicht zu Ende sei, betroffen und unter Umständen umschlossen werde, sei das Entscheidende, sich zu dieser Entschlossenheit durchzurufen. Er sagte wörtlich: "Die Bevölkerung beider Teile Berlins muß bei allem, was wir tun, fühlen, daß wir im freien Teile Deutschlands unablässig sind und trachten, die Mauer zu überwinden."

Kein Zank über Einzelschritte

Die gesamtdeutsche Notwendigkeit Nummer zwei ersche er darin, daß das Gespräch darüber, wie die Mauer überwunden werden kann, nicht ab-weiße, und daß alle in dieses Gespräch einbezogen, wenn es notwendig ist, auch hineingezogen werden. Die Diskussion über diese Notwendigkeit dürfe nicht zu einem Zank über "diesen oder jenen Einzelschritt" werden, beispielsweise, ob die Vereinten Nationen angerufen werden sollen oder nicht man könne und müsse davon ausgehen, daß es keine unüberwindlichen Gegensätze zwischen den politischen Parteien über die Grundelemente der deutschen Außenpolitik gibt. Auch in der Innenpolitik gebe es keine Gegensätze in der Anerkennung der Bundesrepublik als gemeinsamem Staat. Die in dem sogenannten "Nationalen Dokument" der SED aufgestellte Behauptung, auf deutschem Boden ständen sich zwei Staaten feindlich gegenüber, werde durch die Wirklichkeit widerlegt. Die Menschen in Deutschland wollen frei leben und am liebsten in einem demokratischen Staat Deutschland, stellte Herbert Wehner fest. In weiteren Ringen um die Erfüllung der gesamtdeutschen Notwendigkeiten gehe es darum, daß die SED scheitern müsse. Die Geschichte werde darüber hart urteilen, daß man in der Bundesrepublik im Jahre 1961 auf die Errichtung der Mauer nicht durch Gemeinsamkeit geantwortet habe. Eine Allparteienregierung wäre die einzig adäquate Antwort gewesen. Jetzt stünden wir vor der Erkenntnis, daß die Mauer neues Unrecht, noch weiteres schreckliches Unglück gebiert. Die Mauer sei wie ein Pfahl im Fleische. Das Volk müsse erfahren, was die Lage der Nation ist. Bis heute habe es das Volk nicht autoritativ gesagt bekommen.

Notstand verträgt keine Zersplitterung

Die dritte gesamtdeutsche Notwendigkeit sei es, den Zusammenhalt unseres Volkes als Nation zu bewahren. Darum müßten die politischen Parteien ringen, nachdem die Antwort auf den 13. August '61 damals nicht gefunden worden sei. Dafür könne ein Forum geschaffen werden, um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten abzuklären. Zu unseren schwächsten Stellen zähle die Anfälligkeit für Appelle und Anreize an Interessen, von denen manche glauben, sie könnten für sich durchgesetzt und gewahrt werden. Das Ringen um Interessen von Gruppen oder Schichten müsse in den Rahmen hineingestellt werden, der sich aus der Lage der Nation ergibt. Es wäre ein Triumph für die Feinde einer friedlichen Verständigung über Deutschland und mit den Deutschen, wenn es gelänge, uns aufzusplitteln in Einheimische, Heimatvertriebene und Flüchtlinge und darunter in verschiedene Untergruppen. In den ersten zehn Nachkriegsjahren sei es unsere Stärke gewesen, daß diese Rechnung nicht aufging, und daß die Heimatvertriebenen und später auch die Flüchtlinge nicht zu einem belastenden Faktor oder Element der Zersetzung wurden. Es sei ihnen zu danken, daß die Fähigkeit, aus Trümmern und Schutt wieder die Grundlagen einer Wirtschaft und Ordnung zu schaffen, erstaunlich multipliziert worden ist. Nur wenn es sich nicht aufsplitteln läßt, könne das deutsche Volk bestehen und das Recht auf Selbstbestimmung für das ganze Volk aufrechterhalten. Das Recht auf Selbstbestimmung betreffe die ganze Nation. Eine Illusion sei es, anzunehmen, daß die Freiheit bei Preisgabe der Menschen, die jenseits von Mauer und Todesstreifen leben müssen, gehalten werden könne.

Permanente gesamtdeutsche Beratung

Da es nicht genüge, wenn die Parteien gelegentlich mit Landsmannschaften oder mit dem Bund der Vertriebenen Gespräche führen, müsste eine permanente gesamtdeutsche Beratung geschaffen werden. Unter einem solchen "Gesamtdeutschen Rat" stelle er sich vor, daß die drei im Bundestag anwesenden Parteien mit den Organisationen der Vertriebenen und Flüchtlingen Rat pflegen. Den Parteien sei im Grundgesetz ihre Rolle umschrieben. Die Organisationen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge hätten im Herzen vieler Mitbürger auch einen genau umschriebenen Platz. Man solle diese beiden Faktoren zusammenbringen und im Gespräch bleiben. Sinngehalt sollte sein, daß nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschieht. Herbert Wehner schloß seinen Vortrag mit dem Fazit: es müsse alles Menschenmögliche versucht werden, um durchzukommen.

+ + +

Ein Freund aus Madagaskar

BS - Während seines dreitägigen Besuches in der deutschen Hauptstadt hat sich der Staatspräsident von Madagaskar, Tsiranana, schnell die Sympathien der Berliner erworben. Sie brauchten nicht lange, um zu erkennen, dass hier ein wirklicher Freund zu ihnen gekommen ist. In einem internen Zusammensein mit führenden Sozialdemokraten der Stadt überbrachte Tsiranana die Grüße der Sozialdemokraten von Madagaskar, deren Führer er ist. Er erzählte von dem grossen Verständnis, das sein Volk für den Freiheitskampf der Berliner habe. Aber die in Berlin erlebte Wirklichkeit sei doch furchtbarer, als er es sich aus der Entfernung vorgestellt habe. "Was man an der Mauer sieht, ist viel schlimmer als das, was wir in der schlimmsten Kolonialzeit erlebt haben".

Tsiranana betonte die Erfahrung seines politischen Lebens, die in Madagaskar wie überall in der Welt ihre Gültigkeit hat: Man darf seine Ideale niemals wegen möglicher vorübergehender Vorteile aufgeben. Denn das führt schliesslich nur in die Sklaverei. Die Sklaverei von morgen aber sei schlimmer als die Sklaverei von gestern.

Auf diesen Freund aus dem fernen Madagaskar kann sich Berlin verlassen. "Sollte die Berlin- und Deutschland-Frage einmal vor den UN beraten werden, wird Madagaskar immer auf dem Recht der Selbstbestimmung für das deutsche Volk bestehen". Das ist das Wort des Staatspräsidenten von Madagaskar, des Sozialdemokraten Tsiranana.

+ + +

Mehr Gleichheitschancen !

sp -Ausgerechnet den Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf hat sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel ausgesucht, um sich für eine Konservierung der CDU-Erzdomänen in den Wahlkreisen der Bundesrepublik auszusprechen. Es ist möglich, daß er das mit einem Augenzwinkern tat, haben doch die Wirtschaftsverbände bei den zurückliegenden Wahlkämpfen Millionen-Beträge in die CDU-Kampfkassen gepumpt. Der Bundesverband der deutschen Industrie ließ bekanntlich durch seinen Hauptgeschäftsführer wissen, zwischen 1952 und 1958 gingen jährlich sieben Millionen DM an die Parteien rechts der SPD und 65 Prozent flossen davon allein in die CDU-Kassen.

Jedenfalls meinte von Hassel in Düsseldorf, es würde eine in das organische Wachstum eingreifende Umgruppierung darstellen, wenn man Schleswig-Holsteins Bundestagswahlkreise von 14 auf elf reduzieren müßte, wie es eigentlich dem heutigen Bevölkerungsstand entsprechen würde. Nun, Herr von Hassel verschwieg den Industriellen in Düsseldorf, daß diese erzkonservative Wahlkreisgeometrie nicht nur der CDU die Kleinstkreise mit dem geringsten Stimmenaufwand sondern auch ständig die Überhangmandate, zuletzt drei, garantiert.

Der Wahlrechtsausschuß des Bundestages wird sich mit einem Bericht über die notwendige Umgruppierung der Wahlkreisgrößen im Bundesgebiet um der größeren Gerechtigkeit zu befassen haben. Dieser Bericht vom 25. November 1958 beseitigt eben die größten Benachteiligungen für Sozialdemokraten und Freie Demokraten im ganzen Bundesgebiet und es gibt keinen Zweifel darüber, daß SPD und FDP diesmal die Wahlkreisveränderungen durchsetzen werden, so daß wir 1965 eine gerechtere Bundestagswahl haben. Dann wird es nicht mehr vorkommen, daß 270 000 Stimmberechtigte in Gelsenkirchen das gleiche Gewicht wie 90 000 Wähler in Norder- und Süderdithmarschen besitzen, und daß die CDU 44 000, die SPD aber 62 000 Stimmen aufbringen muß, um in Schleswig-Holstein einen Abgeordneten durchzubringen.

Ähnlich verhalten sich übrigens die Dinge auch bei der jetzt bevorstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein, wobei allerdings der Verhältniswahlausgleich die größten Ungerechtigkeiten über die Listenverrechnung wieder glättet. Während am 12. September 1954 der kleinste Wahlkreis Südostern 33 000 Wahlberechtigte und der größte, Norder- und Süderdithmarschen, betrug die Spanne bei der Kreistagswahl in März 1962 schon 31 000 für Südangeln/Schwansen, aber 52 000 für Pinneberg/Elbmarschen.

Bei der Landtagswahl ist es jedenfalls in Schleswig-Holstein bisher wie bei der Bundestagswahl gewesen. Die CDU brachte mit wenigen Stimmen in bevölkerungsarmen und durch die Umsiedlung von Vertriebenen entleerten bäuerlichen Wahlkreisen ihre Mandate durch. Die SPD mußte immer mehr Stimmen aufbringen, um die städtischen Bezirke und jene am Rande von Hamburg mit den neuen Industrien für sich zu behaupten.

Nicht nur in Bonn, sondern auch in Kiel ist es an der Zeit, daß die erzkonservative Wahlkreisgeometrie, die sich der Herr von Hassel auf seiner Fahne geschrieben hat, um einer größeren Gerechtigkeit und Chancengleichheit willen korrigiert wird, erst auf diese Weise kann man das Verhältnis zwischen Wähler und Abgeordneten auf eine vertrauensvolle Grundlage stellen.

Wer "beherrscht" den Bundestag

Von K. D. Hartmann

Das Verhältnis der Bürger zum Parlament wird unter anderem durch die Auffassung bestimmt, aus welchem Personenkreis sich der Bundestag rekrutiert. In solchen Äußerungen zeigt sich, wer nach der Meinung der Wähler die Entscheidungen des Bundestages beeinflusst.

Das "Institut für Werbepsychologie und Markterkundung", Frankfurt, hat der westdeutschen Bevölkerung die Frage vorgelegt, welche Berufsgruppe ihrer Meinung nach am stärksten im Bundestag vertreten sei. Die Befragten konnten dabei unter elf Gruppen wählen.

Ein Viertel der Befragten meinte, daß die Funktionäre der Parteien und Gewerkschaften die stärkste Gruppe bildeten. Diese Meinung wird stärker von den Einwohnern kleiner Ortschaften sowie des Südens und Südwestens vertreten. Für diese Meinung ist nicht so sehr die soziale Stellung der Befragten maßgebend - sie wird von Arbeitern, Angestellten und Hausfrauen im gleichen Maße geäußert - als das Lebensalter: die Befragten unter 30 Jahren teilen sie weniger.

An zweiter Stelle werden mit 19 Prozent Unternehmer, Fabrikbesitzer und Direktoren als stärkste Gruppe genannt. Hier sind es die Einwohner von Mittelstädten und von Nordrhein-Westfalen, die stärker zu dieser Meinung neigen. Als einzige Berufsgruppe glauben die im Verkauf Tätigen stärker, daß die Unternehmer die größte Gruppe im Bundestag sind, während die Büroangestellten weniger als die übrigen Berufsgruppen zu dieser Vermutung neigen. Auch die jüngere Altersgruppe vertritt diese Meinung weniger.

Die Rechtsanwälte halten 15 Prozent der Befragten für die stärkste Gruppe im Bundestag. Das wird häufiger von den Befragten unter 30 Jahren vertreten, ebenso von den Einwohnern der Mittelstädte und von den Büroangestellten; lediglich die Einwohner des Ländergebietes Südwest vertreten diese Meinung weniger.

14 Prozent der Befragten halten Beamte und Verwaltungsangestellte für die größte Gruppe. Diese Meinung findet sich bei Frauen häufiger als bei Männern - allerdings mit Ausnahme der Hausfrauen. Häufiger wird diese Meinung von Personen unter 30 Jahren sowie im Ländergebiet Südwest vertreten, weniger in kleinen Orten.

Den übrigen Berufsgruppen wird eine merklich geringere Bedeutung zugeschrieben. So entfallen auf die selbständigen Kaufleute nur sieben Prozent, auf Arbeiter und Journalisten je fünf Prozent, auf Landwirte vier Prozent der Befragten, die diese Gruppen als die stärksten bezeichnen.

Die Berufsgruppe "Arbeiter" wird von den befragten Arbeitern wie auch von den Rentnern etwas mehr als die stärkste Gruppe angesehen; ebenso schreiben die Landwirte ihrer eigenen Berufsgruppe eine größere Bedeutung zu als die anderen Befragtengruppen; ähnlich scheint es sich auch bei den "selbständigen Kaufleuten" zu verhalten.

Die Wirklichkeit

Ein Vergleich mit den tatsächlichen Anteilen der Berufsgruppen im Bundestag ist schwer, weil sowohl in den Aussagen der Befragten wie auch in den zur Verfügung stehenden Berufsangaben der Abgeordneten soziologische und politische Kategorien häufig nicht auseinandergehalten wer-

den können. So ist z.B. die Anzahl der im Bundestag sitzenden Unternehmer, Fabrikbesitzer und Direktoren sehr gering, während sich die Interessenvertreter der Unternehmer auch unter anderen Berufsbezeichnungen finden können. In den Angaben der Befragten drückt sich vor allem aus, welches Gewicht dem Unternehmertum als Interessenvertretung im Bundestag zukommt. Auch der Kreis der "Funktionäre" muß wohl nach Vorstellung der Befragten weiter gefaßt werden, als es die berufliche Stellung der Abgeordneten ausweist. So finden sich zweifellos unter der Berufsangabe "Journalisten" eine Reihe von Mitarbeitern partei- oder gewerkschaftsgebundener Blätter, was insbesondere ein häufiger Ausgangspunkt der politischen Laufbahn sozialistischer Politiker war.

Unter Berücksichtigung dieser Überschneidungen muß dennoch eine erhebliche Überschätzung der drei zuerst genannten Gruppen "Funktionäre der Parteien und Gewerkschaften", "Unternehmer" und "Rechtsanwälte" auffallen. Ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist zunächst der Meinung, daß die Entscheidungen des Bundestages in erster Linie von Berufspolitikern - den "Funktionären" - getroffen werden. Dagegen muß man sagen, daß die weitaus stärkste soziologische Gruppe des Bundestages, die Beamten und Angestellten der öffentlichen Hand, eher unterschätzt wird. Die sich in dieser Entwicklung andeutende soziologische Verzahnung von Legislative und Exekutive wird also von den Wählern noch nicht in vollem Umfang erkannt.

Der psychologische Hintergrund

Um die volle Bedeutung dieser Vorstellungen zu erfassen, darf aber ein mehr psychologischer Hinweis nicht fehlen. Alle vier an der Spitze stehende Gruppen - die insgesamt 73 Prozent aller Nennungen auf sich vereinen - werden in der öffentlichen Meinung häufig ablehnend bewertet. Weder der Funktionär noch der Unternehmer, aber auch nicht der Rechtsanwalt und der Beamte genießen als "Berufstyp" die volle Sympathie und das ungeteilte Vertrauen einer großen Zahl von Bürgern. Vielmehr ist noch häufig die Vorstellung verbreitet, daß diese Berufsgruppen - jede auf ihre Weise - nicht selten den persönlichen Interessen des Durchschnittsbürgers entgegengesetzte Standpunkte einnehmen. Die Vorstellungen der Bevölkerung über die im Bundestag maßgebenden Personengruppen sind also wesentlich gekennzeichnet durch ein Moment des Mißtrauens oder eine zumindest zwiespältige Stellungnahme. Dieser Zusammenhang gibt zu ernststen Überlegungen Anlaß.

Günstigere Aussichten eröffnet das Ergebnis, daß die jüngere Generation etwas realistischere Vorstellungen über die Bedeutung der verschiedenen Berufsgruppen innerhalb des Bundestages besitzt als die älteren Personen. Auf Grund anderer Untersuchungen kann man annehmen, daß die jüngeren Menschen infolge ihrer stärkeren Aufgeschlossenheit für das Aktuelle über die tatsächlichen Verhältnisse besser orientiert sind. Die Überschätzung der Berufsgruppe "Rechtsanwälte" durch die jüngeren Befragten kann in diesem Rahmen als eine falsche Übertragung von Kenntnissen, die historische bzw. ausländische Zustände betreffen, auf den deutschen Bundestag gedeutet werden.

Element fortschrittlicher Jugendpolitik

Von Gert Lüttger

"Die Festigkeit der Selbstregierung in einer demokratischen Gesellschaft hängt ab von der Anzahl der einfachen Menschen, die fähig sind, ein unabhängiges Urteil und ihre eigene Meinung zu bilden und sie zu vertreten, indem sie den Sinn für soziale Verantwortlichkeit entfalten." Mit diesem Grundsatz leitet die Landesarbeitsgemeinschaft "Arbeit und Leben" Hessen ihr Programm für politische Jugendbildungsarbeit 1962/63 ein, die am 2.9. mit einem einwöchigen Internatslehrgang über Wirtschaft und Politik in Oberursel begann.

Auch für das Winterhalbjahr 1962/63 hat das politische Bildungswerk "Arbeit und Leben" - eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Landesbezirk Hessen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Hessischen Landesverband für Erwachsenenbildung - der hessischen Jugend wieder ein reichhaltiges Programm von Wochenlehrgängen anzubieten.

"Du und die öffentliche Meinung"

Neben vier Grundkursen, die unter dem Motto "Der einzelne und die Gemeinschaft" stehen, werden im Internat der Landesarbeitsgemeinschaft auf dem Gelände der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel noch 7 Wochen-seminare über die verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Themen veranstaltet. Hier ist, abgesehen von einem Einführungs- und einem Aufbaulehrgang über die gesellschaftspolitische Aufgabe des Films und einem Seminar, das sich mit den öffentlichen Kommunikationsmitteln unter dem Motto "Du und die öffentliche Meinung" beschäftigt, noch das Wochenseminar "Die politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie" zu nennen. Im Verlauf dieses Lehrganges sollen die jugendlichen Teilnehmer etwas über Aufgaben, Notwendigkeit, Geschichte und Programm der politischen Parteien in der Bundesrepublik erfahren. Den Höhepunkt des Seminars bildet ein Parteigespräch, bei dem sich führende Vertreter der hessischen Landtagsparteien den Lehrgangsteilnehmern zur Diskussion stellen.

Eine besondere Bedeutung mißt "Arbeit und Leben" auch im kommenden Jahre wieder den kommunalpolitischen Problemen bei. Diesem Themenkreis werden vier Wochenkurse gewidmet. Wer sich zur Gegenwart äußern und in der Zukunft zurechtfinden will, muß die Vergangenheit kennen. Nach dieser Maxime handelt man bei "Arbeit und Leben", wenn man jungen Menschen mit dem Lehrgang "Deutschland im Rückspiegel", die Gelegenheit gibt, ihr Wissen über die jüngste deutsche Geschichte zu vertiefen. Möglichkeiten und Wege der Selbstbehauptung in der industriellen Gesellschaft sollen mit dem Kursus "Einsamkeit in der Masse" aufgezeigt werden.

Erwähnenswert sind auch die Marxismus-Seminare und der Lehrgang "Afrika und Asien im Aufbruch". Von trauriger Aktualität werden wieder die einwöchigen Ost-West-Seminare in Berlin sein, von denen bis April des kommenden Jahres vier vorgesehen sind.

Der Reigen der Internatskurse, die sicherlich interessierten junger Menschen die Möglichkeit zu vielfältiger politischer Information bieten, wird abgeschlossen mit zwei Mädchenbildungskursen und einem politisch-literarischen Seminar, sowie mit einigen Lehrgängen, die "Arbeit und Leben" in Verbindung mit dem Landesjugendamt Hessen abhält.

Offen für alle Jugendliche

All diese Kurse und Seminare stehen jedem hessischen Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren, ohne Rücksicht auf Partei-, Organisations- und Konfessionszugehörigkeit offen. Außer den Lehrgängen in Berlin und im Ausland ist die Teilnahme kostenlos. Sachliche Darstellungen und Aussprachen führen zu einer freien Meinungsbildung. Zum Mitarbeiterkreis von "Arbeit und Leben" gehören Persönlichkeiten der Gewerkschaften, der Erwachsenenbildung, der Parteien, der Kirchen, der Universitäten, der Hochschulen und der Arbeitgeberverbände.

"Arbeit und Leben" ist bestrebt, durch staatsbürgerliche und politische Bildung vornehmlich jungen Arbeitnehmern die Grundlagen für Mitverantwortung und Mitbestimmung im öffentlichen Leben zu vermitteln. Durch Einführungen in die Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens soll den Jugendlichen auch zu einer Klärung ihrer eigenen Situation verholfen werden.

Wachsende Zahl von Lehrgangsteilnehmern

Daß die Jugend diese Bemühungen anerkennt, beweisen die steigenden Zahlen der Lehrgangsteilnehmer und die Popularität, der sich dieses politische Bildungswerk nun auch schon über die Grenzen des Landes Hessen hinaus erfreuen kann. Ohne Zweifel haben hierzu auch die Jugendseminare beigetragen, die "Arbeit und Leben" in jüngster Zeit im Ausland veranstaltete. Hier sind besonders einige Freizeiten zu nennen, die unter Mitwirkung von hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in verschiedenen Bundesländern der Republik Österreich stattfanden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft "Arbeit und Leben" will mit diesen internationalen Kursen nicht in einen Wettbewerb mit Touristenorganisationen und Reisebüros treten. Vielmehr soll eine neuartige Verbindung zwischen sinnvoll angewandter Freizeit und politischer Bildung dazu beitragen, daß Jugendliche sich über die Grenzen Deutschlands hinaus mit anderen Menschen in Freundschaft und gegenseitigem Verständnis zusammenfinden und durch das Kennenlernen anderer Staaten und ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse ihr Wissen und ihren Gesichtskreis erweitern.

Die politischen Bildungsbemühungen der Arbeitsgemeinschaft "Arbeit und Leben" erfreuen sich einer lebhaften Unterstützung durch die Mitglieder des Hessischen Landtages und der Landesregierung. So sagte Staatsminister Heinrich Hemsath vor Gästen, Vorstandsmitgliedern und Hörern der Landesarbeitsgemeinschaft in Oberursel: "Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß die Verwirklichung dieses freiwillig übernommenen Bildungsauftrages ein bedeutendes Element fortschrittlicher Jugendpolitik ist, zu der sich unser Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausdrücklich bekannt hat."